Informationen
Kommentare
Meinungen

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
I Wo / Ge / Pol

Die Brennessel

Kritische Stadtteilzeitung

2. Jahrgang
Nr. 4
30. August 1979

Aus dem Inhalt:

Nachlese
Die Probleme mit der Bobbahn
Aufgespießt
Zum Kanzlerkandidaten

„Die Brennessel"
kritische Stadtzeitung

Herausgeber und
verantw. Redakteur:
Klaus Adamek

Redaktionsanschrift:
Fichtenweg 47
Winterberg - Tel. 370

Druck: Eigendruck

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
I W- Ge/Pol

N a c h l e s e

Am 14.Mai 1976 wurde in Winterberg folgendes Flugblatt verteilt:

Sehr geehrter Bürger!
Es ist sicherlich ungewöhnlich, daß ein Sportverein mit einem Rundschreiben in einer derartigen Angelegenheit an die Öffentlichkeit tritt. Der Bob-Club, der seit nunmehr über 6 Jahren für den Bau einer kombinierten Kunsteisbahn für Bob und Rodel in Winterberg kämpft, sieht sich jedoch durch die Eingaben einiger Bürger bei höheren Stellen gezwungen, die Bevölkerung unserer Stadt durch dieses Rundschreiben aufzuklären.

Es besteht von Seiten des Bob-Clubs keinerlei Verständnis, daß man jetzt, wo die Entscheidung für den Bau der Bobbahn vor der Tür steht, versucht, dieses Projekt im letzten Moment zu torpedieren, und dies allein aus Eigennutz, ohne dabei das öffentliche Interesse in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Verwunderlich ist, daß es sich dabei hauptsächlich um Leute handelt, die nur ihren Zweitwohnsitz in Winterberg haben. Noch verwunderlicher ist allerdings, daß sich sogar Sportlehrer öffentlich gegen die Bob- und Rodelbahn aussprechen. Hier wird offensichtlich verkannt, daß eine solche Anlage gerade auf den Schulsport ungeahnte Impulse auswirkt. Nicht zuletzt durch den Bau der Kunsteisbahn in Königssee hat das bayrische Kultusministerium das "Rodeln" zum Schulsport deklariert, der sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Es ist uns natürlich klar, daß auf einer Bobbahn an trainerstunden weniger Geld zu verdienen ist, als dies z.B. auf Tennisplätzen der Fall ist.

Wir wissen, daß sich dieses Projekt mit einem Investitionsbedarf von fast 10 Millionen DM nur lohnt, wenn die nachweislich schwache Struktur unseres Raumes dadurch eine erhebliche Verbesserung erfährt. Das ist jedoch bei allen Bedenken, die dagegen bestehen mögen, eindeutig zu bejahen. Bestes Beispiel sind die vergangenen schneearmen Winter mit wohl kaum wiedergutzumachenden Einnahme-Verlusten; dies deshalb, weil witterungsunabhängige Anlagen im Bereich der Stadt Winterberg fehlten. Eine Kunsteisbobbahn würde diese Lücke u.a. schließen. Die weitverbreitete Meinung, daß diese Bahn nur einer kleinen Anzahl von Spitzensportlern zur Verfügung stehe, muß zurückgewiesen werden. Wenn auch der Bob- und Rodelsport (Spitzensport) in unserem Raum einen großen Aufschwung nehmen würde, so dient doch die Anlage

in großem Maße dem Breiten- und Freizeitsport, denn wo kann man schon von Oktober bis März (!) ununterbrochen Rodelsport betreiben. Nicht zuletzt würden unsere Skihänge vom R o d e l s p o r t entlastet. Selbst im Sommer ist die Anlage durch geeignete Rollenschlitten oder Matteneinlagen für den Breitensport zu benutzen.

Die Bedenken einiger Bürger, daß die Nachfolgekosten die Stadt Winterberg belasten, können wir aus Unterlagen bereits bestehender Bobbahnen widerlegen. Nach genauen Ermittlungen wird sich unsere Bobbahn selbst tragen, um nicht zu sagen mit Gewinn abschließen.

Von einer Naturverschandelung und einem Rummelplatz kann ebenfalls keine Rede sein, da sich die Anlage dem Gelände anpaßt und restlos begrünt und bepflanzt wird.

Kurz, die Kunsteisbobbahn stellt eine Attraktion für das ganze Sauerland und einen Anziehungspunkt nicht nur für das Ruhrgebiet dar, was unsere umliegenden Nachbarstädte längst erkannt haben.

Der Bob-Club ruft alle Bürger auf, nicht die Einwendungen einer Minderheit, die bereits in der Vergangenheit der Entwicklung der Stadt Winterberg erheblichen Schaden zugefügt hat, zu akzeptieren, sondern den Bau der Kunsteisbobbahn tatkräftig zu unterstützen, denn hierdurch wird sicherlich der Fremdenverkehr im Raume Winterberg einen erheblichen Aufschwung erfahren. Falls Sie bereit sind, durch Ihre Unterschrift dieses Vorhaben zu unterstützen, bitten wir, die anhängende Erklärung zu unterschreiben

++++++++++++++++++++++

Die Probleme mit der Bobbahn

Bruchstückweise kommt nun in Presse Funk und Fernsehen das Ausmaß des Bobbahn-Debakels ans Licht. Um einen umfassenden Überblick zu ermöglichen, gliedern wir die Materie in folgende Bereiche:

1. Überschreitungen der veranschlagten Kosten bei der Herstellung der Bahn
2. Wirtschaftlichkeit
3. Mängel, deren Aufdeckung und die Möglichkeit ihrer Beseitigung
4. Personen

1. Überschreitungen der veranschlagten Kosten bei der Herstellung der Bahn

Die Voraussetzung für die Zustimmung der parlamentarischen Gremien zur Errichtung der Bahn, war die Zusicherung, daß diese nicht mehr als 10 Mio. kosten werde. Die Bahn sollte dem ursprünglichen Ansatz zufolge einschließlich der

Fernsehüberwachung und inclusiv der Mehrwertsteuer DM 10.197.000,- kosten. Tatsächlich kostet sie bis heute DM 14.758.000,-. Die Prüfung der Oberfinanzdirektion Münster ergab, daß für die Bahnanlage DM 4.421.000,- an Mehrkosten entstanden seien und DM 146.000,- an Mehrkosten für die Fernsehüberwchungsanlage. Die Oberfinanzdirektion unterschied in ihrer Prüfung solche Mehrkosten, die unvorhersehbar und unvermeidbar waren, von solchen, die durch die Erweiterung des Bauvolumens oder im Bewilligungsbescheid nicht vorgesehener Maßnahmen angefallen sind. Vorhersehbar und unvermeidbar waren demnach laut Oberfinanzdirektion Kosten in Höhe von DM 1.072.021,-. Die bisher veröffentlichte Aussage, daß die Mehrkosten im wesentlichen auf die unvorhersehbare, notwendige Pfahlgründung zurückzuführen seien, ist also nur ein Bruchteil der Wahrheit.

Der Erbauer der Bahn, Maschinenbau-Ing. Deyle, sagte zudem im Verlauf der Kreistagssitzung am 7.8.79 in Meschede wörtlich: "Ich konnte Ihnen zum Preis eines VW's keinen Rolles-Royce liefern. Um aus der Trainingsbahn in Winterberg eine Wettkampfstätte für internationale Wettkämpfe zu machen, muß noch viel investiert werden. Die Bahn in Inssbruck hat nicht, wie so häufig behauptet DM 16 Mio. sondern DM 20 Mio. gekostet." Daraus ist zu schließen, daß über die DM 14.758.000,- hinaus noch sehr viel investiert werden muß und zwar vom Kreis und der Stadt Winterberg. Festzuhalten bleibt, daß vor einer Nachbewilligung von Mitteln die Gesamtfinanzierung nicht gesichert ist und die GmbH Forderungen von am Bau beteiligten Firmen für erbrachte Leistung und Verzugszinsen in Höhe von DM 3.593.000,- nicht bezahlen kann. Darunter zählen auch Forderungen von fünf Unternehmen aus Winterberg. Die Gesamtforderung ist seitens der Auftragnehmer an die Sparkasse Hochsauerland abgetreten worden. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Betrag an das Bankinstitut zu zahlen.

Wirtschaftlichkeit

Erstmals liegt für das Jahr 1978 eine Bilanz vor. Sie weist einen Verlust von DM 332.929,62 aus. Insgesamt ist für das Jahr 1978 ein Zuschußbedarf von DM 605.490,09 entstanden. Dabei sind die vorher kalkulierten Kostenansätze ganz erheblich überschritten worden. So hatte man mit jährlichen Stromkosten von DM 90.000,- gerechnet, tatsächlich hat der Strom DM 255.000,- gekostet. Die Personalkosten waren mit DM 120.000,- angesetzt, tatsächliche Personalkosten sind aber in Höhe von DM 255.000,- entstanden. Für Wasser, Betriebsmittel und Transport waren DM 18.000,- vorge-

sehen, DM 73.000,- sind aber ausgegeben worden.
Auf der Einnahmenseite erscheint in der Bilanz nur der lapidare Hinweis, daß insbesondere wegen der Bautätigkeit, mangelnde Einfriedigung und der noch nicht möglichen Sommernutzung die prognostizierten Besucher- und Benutzerentgelte von DM 125.000,- nicht vereinnahmt werden konnten. Am Schluß seiner Bilanz weist der Geschäftsführer, Herr Stadtdirektor Dohle, auf die Gefahr einer Illiquidität der Gesellschaft hin. (Pleite) "Um die fortlaufenden Ausgaben, die mit der Aufnahme des Betriebes Mitte Oktober 1979 sprunghaft ansteigen werden, leisten zu können, ist die Einzahlung der ausgewiesenen Beträge der Stadt Winterberg in Höhe von DM 536.027,- erforderlich."

3. Mängel, deren Aufdeckung und die Möglichkeit ihrer Beseitigung

Ein Bericht über die aufgetretenen Mängel, insbesondere an der Kurve 9, kann sich z.Zt. nur auf das Gutachten des Ingenieur-Büros für Bodenmechanik und Fels-Mechanik des Herrn Dr. Abel stützen, der dem Abrutschen der Bahn mit wissenschaftlichen Methoden auf den Grund geht, aber auch darauf hinweist, daß weitere Untersuchungen zur Untermauerung seiner Erkenntnisse notwendig seien. Dr. Abel kommt in seinem umfangreichen Gutachten zu folgenden Ergebnissen: "Die Ursache für die in Kurve 9 aufgetretenen Fundamentsbewegungen ist eine Rutschung auf einer Gleitfläche, die -zu wesentlichen Teilen- in unter der Schüttung verbliebenen Überlagerungsböden (Hanglehm und Hangschutt) oder im verbliebenen steinigen Übergangsbereich zum festen Fels verläuft. In den verbliebenen Überlagerungsböden und in der Auflockerungszone des Felses reicht die Scherfestigkeit nicht aus, um die aus der aufgebrachten Schüttung resultierenden Beanspruchung aufzunehmen."
Die Erhöhung des Gewichts der Schüttung durch eindringende Niederschläge haben nach Ansicht von Dr. Abel die Rutschung begünstigt. Auch war in dem Zeitraum nachlassenden Wasserandranges im Sommer 1978 für die im labilen Gleichgewicht befindliche Rutschmasse und damit für die Standsicherheit nicht positiv, daß in der Innenkurve eine zusätzliche Schüttung für den Bob-Rücktransportweg aufgebracht wurde. "Sicherheitserhöhend hätte vielmehr ein Abtrag gewirkt". Schließlich muß davon ausgegangen werden, daß die Pfähle der in Bewegung befindlichen Fundamente nicht in festem Fels gegründet sind. "Ob die Rutschung

verhindert worden wäre, wenn bei nicht mit dem festen Fels verzahnter Schüttung die Pfähle aber bis in den festen Fels geführt worden wären, kann nur bei genauer Kenntnis der Lage der Gleitfläche beurteilt werden."

Im Gegensatz zu Äußerungen des Herrn Deyle, ist nach Ansicht von Herrn Dr. Abel die Bewegung nicht zum Stehen gekommen, sondern hält "derzeit mit etwa 1 cm horizontal pro Monat" an. Wenn nicht noch in diesem Herbst Abtragungen erfolgen, ergibt sich die Gefahr des Abgleitens des in Bewegung befindlichen Erdkörpers einschließlich der Bahn, "so daß eine Inbetriebnahme der Bahn im kommenden Winter nicht verantwortet werden könnte."

Als Sanierungsmaßnahmen kommen lt. Gutachten Dr. Abel grundsätzlich in Frage:

1. Abtrag der Schüttung oben
2. Gegenschüttung am Böschungsfuß
3. Vernagelung bzw. Verdübelung der Rutschmasse mit dem tieferen Untergrund
4. Entwässerungsmaßnahmen
5. Bau einer rückverankerten Wand vor den Pfahlgründungen

Über die Kosten einer solchen Sanierung gibt es bisher nirgendwo verwertbare Zahlen.
Wer die Schuld für diese Mängel übernehmen muß, soll in einem gerichtlichen Beweissicherungsverfahren geklärt werden, das bereits eingeleitet wurde. In diesem Verfahren läßt sich die Sport- und Erholungszentrum Winterberg GmbH durch das Anwaltsbüro Hesse, Füllgrebe und Ermecke vertreten. Herr Füllgrebe ist der Landrat des Hochsauerlandkreises.
Voraussichtliche Antragsgegner sind:

1. Das Planungsbüro Deyle, Stuttgart
2. Dr. Ing. Gerhard Abel, Siegen
3. Arbeitsgemeinschaft Bobbahn Winterberg Hochtief AG/Eickmann

4. Personen

Die Sport- und Erholungszentrum GmbH, Erbauer und Betreiber der Bahn ist eine Gesellschaft, die zu gleichen Teilen dem Hochsauerland und der Stadt Winterberg gehört. Als Geschäftsführer fungierte bis zu seinem Abgang, er wurde Kämmerer der Stadt Bochum, der damalige Kreisdirektor Barbonus. Dieser wurde vom jetzigen Kreisdirektor Mühr ersetzt, dem als bis dahin Unbeteiligten, die Bobbahn wie ein Kuckucksei in seiner Karrierevorkommen mag.
Herr Stadtdirektor Dohle ist gleichberechtigter und damit gleichverantwortlicher Geschäftsführer.
Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist Herr Bürgermeister Schnorbus. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung spielen heute die ahnungslose Rolle der von der Geschäftsführung über die Vorgänge nicht Informierten.

Der Erbauer der Bahn ist der Maschinenbau-Ingenieur Deyle, der häufig den Eindruck zu erwecken versucht, er habe alle Kunsteisbobbahnen der Welt geschaffen, auch wenn er nur, wie in Oberhof, für die Kältetechnik verantwortlich war. Einem Herrn Dr. Michel war es mitzuverdanken, daß das Millionending vor der eher zögernden Oberfinanzdirektion Münster Gnade fand. Dem Vernehmen nach ist Herr Dr. Michel, der z.Zt. der Vorverhandlungen im Bundes-Innenministerium tätig war, inzwischen pensioniert und heute Berater der Firma Deyle. Normalerweise müßten für die Misere einige Personen die politische Verantwortung übernehmen und den Hut nehmen. Statt dessen wird aber eine Art "Schwarzer-Peter-Spiel" gespielt. Ein Winterberger Stadtrat der CDU, der leider nicht in den Rat zurückkehren wird, hat den Vorgang treffend umschrieben: Der Erfolg hat viele Väter, der Mißerfolg keinen.

Eine einfache Erkenntnis ist allen Beteiligten offenbar verschlossen geblieben, daß man in Winterberg ein Projekt nicht für 10 Mio. bauen kann, das vor Jahren in Österreich 20 Mio. gekostet hat.

++++++++++++++++++++++

A u f g e s p i e ß t

Günstig! Günstig!
Unter der Überschrift:"In der Kernstadt Winterberg nunmehr preiswerte Baugrundstücke erhältlich" erschien im Mitteilungsblatt der Stadt vom 20.Juli folgender Hinweis: "Der Stadt Winterberg ist es gelungen, die Grundstücke "Am Dumel" der einheimischen Bevölkerung als Baugrundstücke zum Erwerb zur Verfügung stellen zu können. Der Kaufpreis beträgt 65,-DM/qm zuzüglich 3o,-DM vorläufiger Erschließungsbeitrag."

Es ist für die Führung dieser Stadt bezeichnend, einen Quadratmeterpreis von DM 95,- als preiswert auszuweisen. Für den Durchschnittsbürger bedeuten DM 57.000,- für ein 600qm großes Grundstück das Ende aller Pläne, für sich oder seine Kinder ein Eigenheim zu errichten.
Mit dem Ankauf der Dumelgrundstücke auf "Pump" gelang es zudem die Verantwortlichen für den Skandal am Dumel dem Kreuzfeuer der Kritik zu entziehen. Überdies hatte der Stadtdirektor in einem Gespräch mit der "Brennessel" im April angedeutet, die Stadt könne die Grundstücke für ca. DM 45,- erwerben.
Die Folge der jetzt genannten Preise wird sein, daß Bürger mit geringerem Einkommen am Dumel

kein Grundstück erwerben können und die Stadt das Bauland unter Hinweis auf ihre prekäre Finanzlage an die Baulöwen veräußern wird, -wie gehabt- .

Am Tag dieser Veröffentlichung erschien in der Westfalenpost eine Anzeige der Stadt Brilon, in der Bauland für DM 16,- zuzüglich DM 22,50 Erschließungskosten angeboten wurde.
Solange auf dieser Welt Land nach Marktgesetzen gehandelt wird wie jede beliebig vermehrbare Ware, wird Land, für alle erschaffen, nicht allen gehören.

Nur eine weitsichtige Bodenvorratspolitik der Stadt kann der eingetretenen Entwicklung Einhalt gebieten, d.h. die Stadt muß Wiesenland billig kaufen und zu Bauland machen, solange der Gesetzgeber sich nicht durchringen kann, die Wertsteigerung der Grundstücke nach der Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Allgemeinheit abzuschöpfen.

Gartenschau

Die Stadt Winterberg veranstaltet zur Zeit in ihren Gartenanlagen z.B. an den Tennisplätzen, im Kurpark und am Städt. Gymnasium eine Unkrautgartenschau. Unkraut kann hier jederzeit, von jedermann und umsonst in bisher unbekanntem Umfang bestaunt werden.

Es fällt in der Kernstadt auf, daß die städtischen Arbeitskräfte stärker in den umliegenden Ortsteilen eingesetzt werden als hier. Außerdem erscheint es notwendig, daß zu den ständig zunehmenden Pflegeflächen auch mehr Gartenarbeiter hinzukommen. Die Blumenkübel- und Rabattenideologie, die nur künstliche und pflegeaufwendige Verschönerung bewirkt, sollte eingedämmt werden. Statt dessen sollte der Baumbestand in der Stadt vor dem Asphalt- und Wintersalztod bewahrt werden.
Als Beispiel für die negative Entwicklung kann die "Behandlung" der Bäume in der Kirchstraße dienen,

Kanäle

Die häufigen Sturzregen dieses Jahres haben in zahlreichen Kellern der Häuser zu Überflutungen und damit zu erheblichen Schäden geführt. In vielen Fällen sind unsachgemäßer Ausbau der Kanäle die Ursache. Es sollte bedacht werden, daß heute durch die übermäßige Betonierung oder Asphaltierung großer Flächen das Wasser nicht wie früher in den Boden sickert, sondern in die Kanäle läuft. Deshalb müssen die Kanalanlagen so beschaffen sein, daß sie die großen Wassermengen auch aufnehmen können.

Im übrigen sollten geschädigte Bürger bei Anmeldung berechtigter Schadenersatzansprüche an die Stadt bedenken, daß die Errichtung und Erhaltung des Kanalnetzes durch Zhlung hoher Gebühren der Bürger finanziert wird und diese deshalb eine einwandfreie Dienstleistung erwarten können.

++++++++++++++++

Die Attraktion

Die Stadt Winterberg hat seit dem Frühjahr eine Attraktion, die immerhin 1,3 Millionen DM gekostet hat. Es handelt sich um eine Anlage, die schon aufgrund ihrer Seltenheit für unsere Gäste magische Anziehungskraft ausüben könnte. Kartengrüße an die Lieben daheim könnten über den faszinierenden Besuch auf dieser Anlage berichten.

Es wäre vorstellbar, daß regelmäßige Veranstaltungen auf der Mattenschanze, auch mit wenig renommierten jungen Springern dankbare Besucher gefunden hätten, die der Flug eines Menschen mehr interessiert als "Dondo Burkardo" im Kursaal.
Unserem sportlichen Image hätte es gutgetan, anstelle des Schildes Veranstaltung auf der Bobbahn: "Heute Ruhetag" im Verkehrsamt den Hinweis "Mattenskispringen" vorzufinden.

++++++++++++++++++++++++

Friedhofskapelle

Von der Wand fallender Putz, häßliche Feuchtigkeitsflecke, ungestrichende Fenster, Türen und Dachverkleidungen, Totenkammern, verkommen wie Abstellräume - in solchen Räumen werden unsere Toten aufgebahrt und dies ist der äußere Rahmen für ihre Totenfeiern. Beschämend!

++++++++++++++++++++++++

Gedanken zur Stadtsanierung

Von den 8 Winterberger Stadtvertretern im Rat neben 25 Vertretern der umliegenden Ortschaften, hatten sich 5 dahingehend geäußert, daß die Sanierungsplanung von den Winterbergern bejaht würde. Man kann also sagen, daß außer einem Teil der einheimischen Stadtvertreter die Planung von einer überwältigenden Mehrheit ortsunkundiger Parlamentarier beschlossen wurde. Das CDU-Ratsmitglied Klante erklärte in der Ratssitzung vom 22.März 1979 hierzu: "Ich glaube, daß den im Bürgerbeteiligungs-

verfahren vorgetragenen Wünschen nicht in ausreichendem Maße gefolgt worden ist".

Die verdienstvolle Aktion der CWG im Hotel Leisse eine Bürgerinformation durchzuführen ergab, daß 274 Bürger begründeten Einspruch gegen den vorliegenden Bebauungsplan 16 "Untere Pforte" erhoben haben.
Über 300 Einsprüche liegen nunmehr dem Leiter des Bauamtes vor.

Wie läßt sich erklären, daß eine so große Anzahl Winterberger zu mobilisieren waren?

1. Die Planungen berühren die Interessen sehr vieler Bürger, die über die tatsächlichen Auswirkungen der geplanten Veränderungen nicht informiert
2. worden sind. Der Umfang der Information seitens der Behörde war gering, die Veröffentlichung im Amtsdeutsch für viele unverständlich, Kartenmaterial z.B. im Mitteilungsblatt unscharf und nur mit der Lupe erkennbar.

3. Ein Planvorhaben, das für die nächsten 1000 Jahre gelten soll, (Bauamtsleiter Janson) hätte es erforderlich gemacht, an gut sichtbarer Stelle in der Stadt ein Modell auszustellen und die Planung damit anschaulicher zu machen.

4. Es liegt nur eine Planung vor. Der Bürger kann nicht zwischen Alternativen wählen.

Die meisten Winterberger dürften sich darin einig sein, daß etwas gegen die zeitweiligen Verkehrsstauungen während der Ferien und an Sportsonntagen getan werden muß. Die Frage ist also gar nicht, ob man alles beim alten läßt oder nicht, sondern wie man es ändert.

Die "Brennessel" möchte anregen, über die zwei folgenden Alternativen nachzudenken:

1. Der Durchgangs- und Schwerlastverkehr auf der Nord-Süd-Achse vom Eisenbahnviadukt bis in die Silbecke sollte unter die Erde verlegt werden. Ein Paralleltunnel zum Bundesbahntunnel hätte den Vorteil, während der Bauzeit kaum Behinderungen zu erzeugen und die Steigungsstrecke an der Silbecke entfiele. Gleichzeitig sollte die bestehende Straße im Mühlengrund erhalten und offen bleiben. Nach Auskunft des Bauamtes ist diese Trassierung jedoch unmöglich, da die Bundesbahn-Direktion Essen nicht zustimmt. Für die Planung von Fernstraßen zuständig ist aber das Bundesverkehrsministerium und es gilt nach wie vor der Grundsatz, eine Straßentrasse an der

topographisch günstigsten Stelle anzulegen.

2. Die Haarfelder-Straße (frühere Ruhrstraße), beginnend am Eisenbahnviadukt stadteinwärts und die Waltenbergstraße/ Astenstraße sollten bis ins Astengebiet dreispurig angelegt werden. Dies würde erlauben je nach Verkehrsaufkommen des Zielverkehrs z.B. am Morgen eines Skisonntages 2 Spuren in Richtung der Skigebiete und eine Spur in umgekehrter Richtung zu öffnen. Für den in den Nachmittagsstunden aus den Skigebieten rückfließenden Verkehr kann man dann umgekehrt verfahren. Diese Lösung wird zwischen Oberau und Garmisch-Partenkirchen angewendet. Erspart bliebe uns die Umgehungsstraße durch das Herrlohgebiet, die man als Planungsfehler bezeichnen muß.

Natürlich wird man gegen diese Vorschläge, vielleicht auch zu Recht, Einwände erheben. Aber es ist auch nicht Sache der von einer falschen Verkehrssanierung bedrohten Bevölkerung Alternativen zu entwickeln, sondern dies wäre eine lohnende Aufgabe für einen städteplanerischen Wettbewerb gewesen, der in Winterberg versäumt wurde.

++++++++++++++++++++

Kanzlerkandidat

Anläßlich einer möglichen Kanzlerkandidatur des Bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß veröffentlichen wir zwei Zitate der Professoren Theodor Eschenburg und Walter Jens.

Theodor Eschenburg in der Wochenzeitschrift "Die Zeit" 1956:
"Strauß ist nicht wegen seiner Politik gefährlich sondern wegen seines persönlichen Verhaltens in der Politik."

Professor Walter Jens 1972:
"Strauß, er redet von Demokratie und verlangt blinde Gefolgschaft. Er spricht von Moral und schlägt zu. Er teilt die Welt ein in Gute und Linke. Auf Argumente verzichtend, schürt er Ressentiments. Konzernherren und Kardinäle sind seiner gewiß. Die Kleinen tun gut daran, ihren Gürtel enger zu schnallen. Sie wissen: Im Kampf zwischen dem Kapital und den Kärrnern steht Strauß auf der anderen Seite."

Die Professoren Jens und Eschenburg hätten über mögliche andere CDU-Kanzlerkandidaten wie Herr von Weizsäcker, Schroeder oder Leisler-Kiep sicher ähnliches nicht schreiben müssen.

++++++++++++++++++++

In eigener Sache

Mit ihrem Austritt aus dem Ortsverein der SPD Winterberg haben sich die 36 ehemaligen Genossen, unter ihnen 4 rechtmäßig gewählte Kandidaten für den Stadtrat, jede Mitwirkungsmöglichkeit genommen. Dies war, politisch gesehen, ein Eigentor. Der Ausgang des Schiedsverfahrens gegen Richard Hassenpflug bewies uns aber, daß auch vom Unterbezirk der SPD eine CDU-konforme Politik, wie sie von Richard Hassenpflug und Hans Hagemann in der letzten Wahlperiode gemacht wurde, erwünscht ist. Jahrelang mußten wir mit ansehen, wie SPD- Ratsherren sich rühmten, Mitverantwortung zu tragen, indem sie mit ihrer Stimme dazu beitrugen, den finanziellen Ruin Winterbergs zu beschleunigen. Der Ortsverein Winterberg mit seinen vielen Eigeninitiativen und aufgezeigten Alternativen wurde dagegen laufend kritisiert und unter Druck gesetzt. Eine Zusammenarbeit war daher für die aus dem Ortsverein der SPD Winterberg ausgetretenen Mitglieder nicht mehr möglich.

Für mich persönlich boten sich nun zwei Möglichkeiten, mich politisch weiterhin zu betätigen.

1. In die neugegründete Christliche Wählergemeinschaft, die eine Alternative gegen die bisher ausgeübte Politik darstellt, einzutreten.

2. Als Einzelbewerber für einen Wahlbezirk zu kandidieren.

Ich habe mich für die zweite Möglichkeit entschieden, nicht etwa, weil ich die Ziele der CWG nicht unterstütze, sondern weil ich glaube, meine politische Glaubwürdigkeit als Einzelbewerber nicht zu verlieren. Dies bedeutet aber auch, daß ich das Risiko eingehe, bei der Kommunalwahl zu unterliegen.
Bei einer Kandidatur für den Stadtrat durch eine Partei oder Wählergruppe wird der Bewerber durch eine Liste abgesichert, die es ihm ermöglicht, bei günstigem Listenplatz auch ohne absolute Mehrheit in einem Wahlbezirk einen Ratssitz wahrzunehmen.
Als Einzelbewerber bin ich jedoch nur gewählt, wenn mir die Mehrheit der Bevölkerung des Wahlkreises 4 ihre Stimme gibt. Für mich steht fest, daß nur eine Stimmenmehrheit in einem Wahl-

kreis mich bestärken kann, meine bisherige politische Arbeit fortzusetzen und mich für die Interessen der Bürger einzusetzen.
Erst durch seine Stimme bekundet der Bürger, ob er mit der bisherigen Entwicklung Winterbergs einverstanden ist oder aber eine Änderung wünscht.

Klaus Adamek

Wahlbezirk 4:

Am Waltenberg ab Nr. 26
Im Hohlen Seifen, Am alten Garten
An der Aschenhütte, Feldstraße
Prozessionsweg, Heidestraße
Schanzenstraße, Am Triftweg,
Am Südhang, Herrlohweg,
Schneilstraße, Fichtenweg,
Birkenweg, Kiefernweg, Buchenweg,
In der Büre, Daubermühle,
Erlenweg

++++++++++++++++++++++++

Hiermit danken wir für die finanzielle Unterstützung, die das Erscheinen dieser Zeitung ermöglicht hat.
Wir werden uns bemühen, die "Brennessel" weiterhin erscheinen zu lassen.